

VIELFALT

ENTFALDET

POTENZIALE

GESCHÄFTSBERICHT 2023

INHALTS- VERZEICHNIS

Brief des Vorstands	4
20 Jahre Dataport	6
Digitale Verwaltung	10
Digitale Souveränität	14
Innovationen	18
Nachhaltigkeit und Vielfalt	22
Wirtschaftliche Lage	26
Impressum	47



**GEMEINSAM FÜHREN WIR
DIE DIGITALE VERWALTUNG
IN DIE ZUKUNFT**

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER,**

wir blicken in diesem Geschäftsbericht zurück auf das zwanzigste Jahr unseres Bestehens. Auf 20 Jahre, in denen wir viel erreicht haben. In denen wir die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung weit vorangebracht haben.

Ohne unsere Träger wäre dies nicht möglich gewesen. Als länderübergreifender Dienstleister ermöglichen wir IT-Kooperation und setzen diese um. Wir wissen: Unsere Ziele erreichen wir nur in guter Zusammenarbeit mit unseren Trägern und Kunden – und natürlich durch gute Leistungen in gegenseitigem Respekt und Vertrauen.

Mit den Fachleuten und Entscheidern unserer Auftraggeber der unterschiedlichen Verwaltungsebenen stehen wir in engem Austausch. So können wir bei aller Vielfalt der Interessen immer wieder gemeinsam Kooperationsräume eröffnen

und gestalten. Wir unterhalten Kooperationen und Partnerschaften mit Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft. Wir engagieren uns in Genossenschaften und Vereinen für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Dieser Zusammenhalt und der stete Austausch helfen uns, die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung zukunftsicher und krisenfest zu gestalten. Unsere Aufgabe und Funktion als öffentlicher IT-Dienstleister sehen wir in der Sicherung der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung – allfälliger Krisen zum Trotz. Wir gewährleisten sichere Infrastrukturen und wehren Cyberangriffe ab. Wir entwickeln und betreiben digital souveräne Lösungen, um die Unabhängigkeit der Verwaltung zu wahren. Wir entwickeln Verwaltungsdienste, die einen schnellen, einfachen und barrierefreien Zugang ermöglichen.

Indem wir dazu beitragen, die öffentliche Verwaltung funktions- und handlungsfähig zu halten, stärken wir das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen. So stärken wir auch unsere Demokratie, eine offene, pluralistische und am Leitbild der Chancengerechtigkeit orientierte Gesellschaft.

Wie unsere demokratische Gesellschaft leben auch wir als große öffentlich-rechtliche Mehrländeranstalt Vielfalt. Sie ge-

hört zu unseren Grundwerten. Dazu stehen wir bei Dataport. Auf dieser Basis arbeiten wir jeden Tag. Gemeinsam mit Ihnen, unseren Partnern, Trägern und Kunden, führen wir die digitale Verwaltung in die Zukunft. Wir sind fest überzeugt: Dieser Weg ist richtig. Umso mehr freuen wir uns auf die nächsten gemeinsamen Etappen.

Dr. Johann Bizer
Vorsitzender des Vorstands
und Vorstand Ressourcen

Andreas Reichel
Vorstand Technik

Silke Tessmann-Storch
Vorständin Lösungen

Torsten Koß
Vorstand Digitale Transformation

MITEINANDER ERFOLGREICH SEIT 20 JAHREN

Zusammen sind wir stark. Dieser Gründungsgedanke hat Dataport erfolgreich in die Zukunft getragen. Gemeinsam mit unseren Trägern und Partnern haben wir Projekte angeschoben, Infrastrukturen aufgebaut oder konsolidiert. Wir haben Standards gesetzt und Grundlagen für die digitale Transformation der Verwaltung geschaffen.

Wir engagieren uns für föderale IT-Kooperation und geben Impulse für bundes- oder europaweite Kooperationen. In Interessensverbänden auf nationaler wie europäischer Ebene stärken wir die Zusammenarbeit der öffentlichen IT-Dienstleister und ihre Stimme gegenüber Verwaltung, Politik und Wirtschaft. So sichern wir gemeinsam die Zukunft der öffentlichen Verwaltung.



2004
Schleswig-Holstein und Hamburg gründen **Dataport**.

2005
Schleswig-Holstein und Hamburg beauftragen Dataport mit der Entwicklung des **GovernmentGateway**, eines Portals für Online-Dienste.

2006
Dataport übernimmt die IT-Unterstützung für die Steuerverwaltung des Landes **Mecklenburg-Vorpommern**.

Bremen wird Trägerland.

Dataport ist Gründungsmitglied der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister **Vitako**. Der Verband fördert die Kooperation seiner Mitglieder und vertritt ihre Interessen gegenüber Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

Mit dem **Data Center Steuern** nutzen die vier Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen ein Rechenzentrum für ihre Steuerverfahren. Niedersachsen und Sachsen-Anhalt folgen.

2007
Dataport ist Gründungsmitglied von **Euritas**, der European Association of Public IT Service Providers, einem Netzwerk für die europaweite Zusammenarbeit im öffentlichen IT-Sektor.

2010
Niedersachsen tritt dem Staatsvertrag von Dataport bei.



2012

Die schleswig-holsteinischen Kommunen werden über den IT-Verbund Schleswig-Holstein (**ITV.SH**) Träger von Dataport.

Der erste standardisierte **IT-Arbeitsplatz** für die öffentliche Verwaltung wird in Hamburg in Betrieb genommen. Ab 2014 wird das Betriebsmodell auch in Bremen eingesetzt.

2013

Sachsen-Anhalt tritt dem Staatsvertrag von Dataport bei und wird sechstes Trägerland.

Mit dem **Twin Data Center** nimmt Dataport ein neu konzipiertes hochsicheres Rechenzentrum für alle Träger in Betrieb.

2015

Das **Data Center Polizei** startet mit ersten Fachverfahren aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen in den Regelbetrieb. Sachsen-Anhalt folgt.

2019

Eine Plattform für Online-Dienste: Mit der **Online-Service-Infrastruktur** stellt Dataport seinen Trägern eine Plattform für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes zur Verfügung. Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Sachsen-Anhalt nutzen sie gemeinsam.

Dataport ist Gründungsmitglied von **govdigital**. Die Genossenschaft der öffentlichen IT-Dienstleister engagiert sich für bundesweite Kooperationen und gemeinsame Plattformen für die digitale Verwaltung.

2020

Das Projekt „**Netz 2025**“ startet. Ziel ist es, ein gemeinsames Netz nach einheitlichen Standards und mit einer einheitlichen Infrastruktur für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein zu schaffen. Bremen folgt 2023.

2021

Das **Data Center Justiz** startet mit Fachverfahren aus Bremen und Hamburg in den Regelbetrieb. Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt folgen 2022.

Der von Dataport entwickelte Open-Source-basierte IT-Arbeitsplatz, die **dPhoenixSuite**, steht bereit.

2022

data[port]ai, die Plattform für Datennutzung und künstliche Intelligenz, nimmt den Regelbetrieb auf.

Das Projekt „**RZ 4.0**“ startet. Dataport modernisiert sein Rechenzentrum und macht es Cloud-fähig.

2023

Die **Deutsche Verwaltungscloud (DVC)** startet in den Testbetrieb. Die DVC umfasst Cloud-Service-Angebote, die von öffentlich-rechtlichen IT-Dienstleistern angeboten werden. Gemeinsam mit anderen öffentlichen IT-Dienstleistern hat Dataport das Cloud-Service-Portal entwickelt.

DIGITAL, KONSEQUENT UND GEMEINSCHAFTLICH

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland ist eine echte Mammutaufgabe. Und zwar eine, die sich lohnt – davon sind wir überzeugt. Um sie zu bewältigen, braucht es Konsequenz, innovative Ideen und vor allem: eine ordentliche Portion Teamgeist.



Nahtlose Prozesse für mehr Effizienz

Digitale und medienbruchfreie Prozesse sind effizient und entlasten die Beschäftigten in den Verwaltungen. Das volle Potenzial der Digitalisierung entfaltet sich, wenn ein Verwaltungsprozess von Ende zu Ende digital läuft: von der Antragstellung, über die Bearbeitung, den Versand der Bescheide bis zur Ablage in einer elektronischen Akte.

Digitale, einheitliche und zugängliche Register gehören zu den Grundlagen für durchgängig digitale Verwaltungsleistungen. Das Prinzip dahinter heißt „Once Only“. Gemeint ist: Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen geben nur einmal ihre Daten ein, Behörden tauschen die Daten untereinander aus.

Mit dem Vorhaben „Registermodernisierung“ legen Bund und Länder die Basis für einen sicheren Datenaustausch. Für die technische Umsetzung der Registermodernisierung erarbeiten wir im Auftrag von Schleswig-Holstein, abgestimmt mit allen Trägerländern von Dataport, ein Realisierungskonzept. So sichern wir ein einheitliches und übergreifendes Vorgehen.

Dieses Konzept gibt Antworten auf Fragen wie: Wie können Register grundsätzlich befähigt werden, Nachweise zu liefern? Wie können Abrufe aus Registern erfolgen? Wie können Online-Dienste Nachweise an Fachverfahren übergeben?

Dabei werden auch Synergiepotenziale geprüft, zum Beispiel Komponenten, die gemeinsam genutzt werden können. Steht das Konzept, werden wir das Vorgehen an einzelnen Online-Diensten wie Elterngeld, Wohngeld oder Unterhaltsvorschuss gemeinsam mit unseren Trägern erproben.

Online-Dienste für alle

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch anzubieten. Dass dies schnell und effizient gelingen kann, haben wir gemeinsam mit unseren Trägerländern gezeigt. Dabei erwies sich das „Einer-für-alle“-Prinzip (EfA) als Erfolgsmodell. Von den 122 EfA-Diensten, für die unsere Trägerländer verantwortlich zeichnen, standen 114 Ende 2023 zur Verfügung. Das Prinzip entfaltet nun seine Wirkung. Im Jahr 2023 haben wir 140 EfA-Dienste anderer Bundesländer auf unserer Online-Service-Infrastruktur (OSI) bereitgestellt. Im Februar 2024 waren bereits rund 2.100 Verwaltungseinheiten anderer Bundesländer an EfA-Dienste unserer Trägerländer angebunden.



Gemeinsam stark, so arbeiten auch Kommunen im OZG-Kontext. Die OZG-Cloud von Dataport ist ein Werkzeug, mit dessen Hilfe die Kommunen in Schleswig-Holstein Anträge aus Online-Diensten in ihrer Verwaltung bearbeiten können. Die OZG-Cloud leitet die Anträge medienbruchfrei an die zuständige Kommune. Inzwischen arbeiten rund 80 Kommunen mit dem Tool. Weitere Kommunen folgen kontinuierlich. Die OZG-Cloud kann von anderen Bundesländern nachgenutzt werden. So erprobt zurzeit auch Bayern in Kooperation mit Schleswig-Holstein die Cloud-basierte Plattformlösung.

Infrastrukturen gemeinsam nutzen

Auch für hoheitliche Aufgaben eignen sich gemeinsam betriebene Infrastrukturen. Für die IT von Justiz- und Steuerwesen sowie für die Polizei betreiben wir eigene Data Center. Jedes Data Center ist ein gekapselter und mehrfach gesicherter Bereich. Der Erfolg dieser Kooperationen liegt auf der Hand: Im Data Center Polizei verarbeiten wir Daten für vier Trägerländer. Im Data Center Justiz steht der Einzug des fünften Bundeslandes bevor. Für insgesamt sechs Länder betreiben wir das Data Center Steuern. Konkret heißt das: Wir verarbeiten pro Jahr die Daten für insgesamt mehr als 17 Millionen steuerpflichtige Personen, Firmen und Gesellschaften. Der Erfolg der gemeinsam genutzten Infrastruktur

überzeugt auch außerhalb unserer Trägerländer: Weitere Bundesländer zeigen Interesse an den Data Centern.

Konsolidierung und Kooperation stehen auch im Fokus des Programms „Polizei 2020“. So sollen künftig nur noch drei anstelle von neun verschiedenen Vorgangsbearbeitungssystemen von den Polizeien eingesetzt werden. Eines davon, @rtus, betreiben wir in unserem Rechenzentrum. @rtus ist bereits in Schleswig-Holstein, Bremen und bei der Bundespolizei im Einsatz. Seit Anfang 2024 arbeitet auch die Landespolizei Sachsen-Anhalt mit @rtus.

Gemeinsame Infrastrukturen und ein gemeinsamer Betrieb sind auch für Kommunen ein wichtiges Thema. Knappe Haushaltsmittel, fehlendes Fachpersonal, aber auch Fragen der IT-Sicherheit sind Gründe, die Kommunen dazu bewegen, ihre IT auszulagern. Mit dITBetrieb bieten wir die Übernahme des IT-Betriebs an. Neunzehn schleswig-holsteinische Kommunen nutzten dITBetrieb Ende 2023 für 1.200 Arbeitsplätze.

SICHER, UNABHÄNGIG UND FLEXIBEL

Die moderne Verwaltung ist nicht nur digital, sondern auch unabhängig. Dafür braucht sie leistungsfähige und zuverlässige Infrastrukturen sowie Alternativen zu proprietärer Software. Dataport entwickelt die technischen Grundlagen für eine digital souveräne Verwaltung und arbeitet daran, neue Wege zu finden - gemeinsam mit Trägern, Kunden und Partnern.



Volle Leistung für eine sichere und krisenfeste Verwaltung

Die Erwartungen von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen an den digitalen Staat steigen. Gleichzeitig wachsen die Anforderungen an dessen Resilienz und Krisenfestigkeit. Demografischer Wandel, Fachkräftemangel, Klima- und geopolitische Krisen, aber auch die zunehmende Anzahl von Cyberangriffen fordern Verwaltungen aller Ebenen heraus. Entsprechend wachsen auch die Ansprüche an die digitale Infrastruktur.

Cloud-Technologien, künstliche Intelligenz, automatisierte Prozesse und Elemente der digitalen Daseinsvorsorge bieten viele Chancen. Wollen wir diese Technologien einsetzen, benötigen wir hochfunktionale, sichere und Cloud-fähige Rechenzentren sowie sichere und hochleistungsfähige Netze.

Stringente und automatisierte Prozesse sowie eine durchgehend digitalisierte Verwaltung sind entscheidende Maßnahmen, mit deren Hilfe die öffentliche Verwaltung ihre Leistungen sicher und effizient anbieten kann. Eine Voraussetzung dafür ist der Einsatz von Cloud-nativer Software. Hier setzen wir bei der Modernisierung unseres Rechenzentrums an. Wir passen es den aktuellen und den künftigen Anforderungen an. Dafür machen wir es Cloud-fähig, nicht zuletzt, um so auch Software-Lösungen in der Deutschen Verwaltungscld bereitstellen zu können. Dabei erfüllen wir weiterhin die Anforderungen nach BSI-Grundschutz und erhalten so unser hohes Sicherheitsniveau.

Künftig werden unsere Kunden entscheiden können, ob wir für sie Managed Services erbringen, das heißt ihre Anwendungen und Dienste bereitstellen und betreuen. Oder ob sie Cloud-Dienste aus unserem Rechenzentrum als Self-Service beziehen.

Eine entscheidende Grundlage für den Einsatz von Cloud Computing und IoT-Technologien für die digitale Daseinsvorsorge aber ist eine hochleistungsfähige Netzinfrastruktur. Verwaltungsnetze sind damit das Rückgrat des digitalen Staates. Sie müssen sicher und effizient sein. Dataport betreibt Netze für Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen. Wir konsolidieren und modernisieren sie mit dem Ziel, ein einheitliches Netz zu schaffen, das aktuellen und künftigen Anforderungen entspricht. Ausfallsicher und skalierbar. Weitere Netze können jederzeit angebunden werden.



Echte Alternativen für mehr Unabhängigkeit

Unabhängig sein von marktbeherrschenden Anbietern, jederzeit Zugriff auf den Quellcode der eingesetzten Software haben. Wir bieten Alternativen zu proprietärer Software und setzen Open-Source-Software überall dort ein, wo es sinnvoll ist. In unseren Infrastrukturen oder für unsere Kunden.

Wo es keine Alternativen zu proprietärer Software gibt, versuchen wir Alternativen zu schaffen. Auf dieser Basis haben wir gemeinsam mit Partnern aus Wirtschaft und Verwaltung die dPhoenixSuite entwickelt: den Open-Source-basierten IT-Arbeitsplatz für die Verwaltung, betrieben aus sicheren Clouds in den Rechenzentren von Dataport und Ionos, beide zertifiziert vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

Auch dort, wo wir bislang mit proprietärer Software gearbeitet haben, nutzen wir die Chance, sie durch Open-Source-Produkte zu ersetzen. Das geschieht etwa für unsere Integrationsplattform dConnector. Die Plattform ermöglicht den Austausch von Daten und Informationen zwischen Systemen und Infrastrukturen, die ohne Integration nicht „miteinander sprechen“ können. Dort, wo Prozesse noch nicht Ende-zu-Ende digi-

talisiert sind, übernimmt es der dConnector, die Verbindung herzustellen. Zum Beispiel zwischen elektronischen Akten und Fachverfahren.

Im Jahr 2023 haben wir begonnen, alle Module der Plattform auf Open-Source-Lösungen umzustellen. Die Open-Source-Module eröffnen uns die Möglichkeit, alle Komponenten unabhängig voneinander zu nutzen. Sie lassen sich zudem leicht an unterschiedliche Anforderungen anpassen. So ist der dConnector nahezu universell einsetzbar und schnell für verschiedene Aufgaben einsatzfähig. Die auf Open-Source-Basis entwickelten Schnittstellen und Microservices von dConnector werden wir in der Deutschen Verwaltungscld bundesweit zur Nutzung bereitstellen.

Open-Source-Infrastrukturen schaffen auch an anderen Stellen Unabhängigkeit und digitale Souveränität. Schleswig-Holstein richtet sich konsequent auf Open Source aus. Elemente wie Mail-Infrastruktur, Kollaborationsplattform, Verzeichnisdienst und eine auf Open Source basierende Lösung für Telefonie stellen wir dafür in unserem Rechenzentrum bereit.

OFFEN, NEUGIERIG UND WEGWEISEND

Die Rahmenbedingungen ändern sich, die Verwaltung muss sich erneuern. Wo Fachkräfte fehlen, können Automation und KI die Lücken füllen. Wo neue Wege in Bildung und Kultur nötig sind, können Virtual Reality und Augmented Reality eine Lösung sein. Dataport setzt auf Innovationen, die neue Antworten auf aktuelle Herausforderungen geben und die Arbeit in der Verwaltung auf ein neues Level heben.



Eine Plattform für künstliche Intelligenz

Mit data[port]ai haben wir gemeinsam mit unseren Trägern eine Plattform für künstliche Intelligenz (KI), Datenanalyse, Machine Learning und Anwendungen aus dem IoT-Kontext (Internet of Things) geschaffen. Ihr Einsatz und ihre Weiterentwicklung basieren auf einem gemeinsamen Vorgehen. Seit 2021 entwickeln wir data[port]ai kontinuierlich weiter. Mit dem Fokus auf dem Bedarf unserer Träger und Kunden und mit dem Blick auf die relevanten Entwicklungen, souverän und sicher.

Neue Einsatzgebiete für Large Language Models

Großes Potenzial für die Verwaltung haben Large Language Models (LLM). Wir kennen sie aus Suchmaschinen, auch ChatGPT ist als öffentlich zugängliches LLM in aller Munde. Wir werden noch im Jahr 2024 ein Large Language Model aufbauen und hosten, das den Anforderungen der Verwaltung an IT-Sicherheit und digitale Souveränität entspricht.

Die Einsatzmöglichkeiten sind vielfältig. Für Niedersachsen haben wir auf Basis eines LLMs eine Anwendung entwickelt, die Richterinnen und Richter dabei unterstützt, die Gefährdungslage in Herkunftsländern von Asylsuchenden zu bewerten. Künftig werden die Einsatzmöglichkeiten von LLMs noch weiter reichen. Die Integration in Fachanwendungen zeigt das Potenzial. So könnte etwa ein Chatbot, der zum Wohngeldantrag berät, in den Online-Antrag eingebunden werden und den Antrag an das Fachverfahren weitergeben. 2023 haben wir insgesamt 18 Chatbots in vier Trägerländern für interne und externe Serviceanfragen betrieben.

Die Stadt Hamburg hat mit Unterstützung von Dataport und Capgemini in ihrem Projekt LLMoin verschiedene, breit gefächerte Szenarien für den Einsatz von LLMs erprobt. Sie reichten von der Dokumentenzusammenfassung über Recherche-Assistenz bis zur Textgenerierung.

Wir erschließen die dynamischen Entwicklungen und Einsatzmöglichkeiten von KI für die Verwaltung. Sicher und souverän. Das ist unser Weg:

- Wir betreiben ein Large Language Model in unserem nach BSI-Grundschutz zertifizierten Rechenzentrum.
- Wir legen uns nicht auf einzelne Module fest. Stattdessen eröffnen wir unseren Kunden das am Markt verfügbare Spektrum.
- Für Anwendungen, die nicht datenschutzrelevant sind, stellen wir Cloud-basierte LLMs bereit.
- Wir passen unser Angebot an die Möglichkeiten der generativen KI an und entwickeln es kontinuierlich weiter.

Software-Bots für mehr Freiraum

Mit dem demografischen Wandel verlieren auch öffentliche Verwaltungen Mitarbeitende. Die Folge: Immer weniger Menschen müssen immer mehr Aufgaben übernehmen. Hier kommt die Automatisierungstechnologie Robotic Process Automation (RPA) ins Spiel. Sie entlastet von Routineaufgaben, die einen großen Teil der Arbeit ausmachen.

Bei Dataport entwickeln und betreiben wir unter dem Namen dRPA Software-Roboter. Sie bearbeiten Bankrückläufer, erstellen Datensätze für neue Mitarbeitende und übertragen Daten zwischen verschiedenen Shop-Systemen. Bots ordnen Dokumente dem richtigen Vorgang zu und sortieren sie in die passenden Akten. Das Justizariat im Personalamt der Stadt Hamburg hat sich zum Beispiel dafür entschieden, alle Dateneingaben vollständig zu automatisieren. Mit RPA werden Klagen im Fachverfahren angelegt, Bestätigungen verschickt und Klagebestätigungen ausgelesen.

Die Software-Roboter von Dataport unterstützen zurzeit mehr als 40 verschiedene Verwaltungsprozesse. Allein in der Stadt Hamburg haben die Bots den Sachbearbeiterinnen und Sacharbeitern mehr als 100.000 Arbeitsstunden abgenommen.

Neuerungen für moderne Kulturvermittlung

Innovationen treiben die digitale Transformation auch im Kulturbetrieb voran. Hier gehen Museen und Kommunen neue Wege: Sie nutzen neue, digitale Lösungen, um Kulturschätze zu bewahren, sie zugänglich und erlebbar zu machen.

Dataport unterstützt bei der Entwicklung von Strategien und setzt Virtual-Reality- und Augmented-Reality-Projekte für Kultureinrichtungen um. Im Auftrag des Landesbeauftragten für politische Bildung Schleswig-Holstein hat Dataport beispielsweise eine Augmented-Reality-App (AR-App) zu den sogenannten Stolpersteinen entwickelt. Die in den Boden eingelassenen Gedenksteine aus Messing erinnern an das Schicksal von Menschen, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, vertrieben oder ermordet wurden. Scannt man mit der App den Code am Stolperstein, werden auf dem Kamerabild Text-Informationen zu der Person angezeigt, an deren Leben und Wirken der Stolperstein erinnert. Die App startete 2023 in Kiel und Rendsburg und wird nun in fünf weiteren Kreisen und Kommunen nachgenutzt. Bis Ende 2024 sollen alle Stolpersteine in Schleswig-Holstein sowie in Schwerin und Bremerhaven über die App zu finden sein.

VERANTWORTUNGSVOLL, ÖKOLOGISCH UND SOZIAL

Die Ressourcen unseres Planeten sind endlich. Wir müssen verantwortungsvoll mit ihnen umgehen. Im öffentlich-rechtlichen Umfeld haben wir hier eine Vorbildfunktion. Dataport sucht nach Wegen, Digitalisierung und Nachhaltigkeit miteinander zu verbinden. Dafür braucht es viele verschiedene kluge Köpfe.



Nachhaltigkeit und Vielfalt

Sichtbarkeit für unser Nachhaltigkeitsengagement

Nachhaltig wirtschaften, Ressourcen schonen und sozialverträglich beschaffen. Das steht für Dataport im Fokus. Nachhaltigkeit ist dazu längst in unserem Zielbild festgeschrieben. Bereits für das Jahr 2021 haben wir einen Nachhaltigkeitsbericht erstellt. Dieser wurde nach dem Standard des Deutschen Nachhaltigkeitskodex angefertigt und ist in der dortigen Datenbank veröffentlicht.

Mit unserer Ökobilanz monitorieren wir, in welchen Bereichen die meisten CO₂-Emissionen entstehen. Und wir entwickeln Maßnahmen für die weitere Reduktion.

Liegenschaften

inkl. Rechenzentrum 7,91 %

Anlagevermögen 5,28 %

Mobilität 1,75 %

Abfall 0,15 %

Waren 84,91 %

CO₂-Emissionen bei
Dataport nach Bereichen
(Ökobilanz 2023)

Wiederverwertung für eine ressourcenschonende Beschaffung

Den Löwenanteil des CO₂-Ausstoßes machen eingekaufte Waren aus. Computer, Smartphones, Bildschirme sowie jedwede Hardware, die intern bei uns und bei unseren Kunden eingesetzt wird. Deshalb machen wir uns als zentrale Beschaffungsstelle für Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg seit Jahren für die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards stark. Dazu gehört die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen ebenso wie die umweltverträgliche Entsorgung von Altgeräten. Unser Augenmerk gilt seit jeher den Lieferketten. Bereits vor Inkrafttreten des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes haben wir unsere Versorgungswege überprüft und angepasst.



Soziale Standards in der Beschaffung

Die Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind universelle Mindeststandards für menschenwürdige Arbeit. Sie sind unabhängig vom Entwicklungsstand eines Landes gültig und umfassen die vier Bereiche Vereinigungsfreiheit, Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, Abschaffung der Kinderarbeit und Beseitigung der Zwangsarbeit. Dataport fordert von seinen Lieferanten seit Langem die Einhaltung sozialer Standards. Deshalb sind wir auch seit 2022 Mitglied von Electronics Watch.

Zur Nachhaltigkeit verpflichtet fühlen wir uns über das Ende der Lieferkette hinaus: Um die Ressourceneffizienz unserer Hardware zu erhöhen, reizen wir deren Lebenszyklus aus. Dank Wartung, Aufrüstung und Reparaturen erreichen unsere Geräte eine Nutzungsdauer von circa fünf Jahren. Einen Teil der ausgemusterten Hardware lassen wir aufbereiten und spenden ihn an gemeinnützige Organisationen. Im Jahr 2023 waren das mehr als 12.000 Geräte. Andere Geräte werden weiterverkauft und bleiben so im Einsatz. Dafür startete Anfang 2024 das Projekt Remarketing-BASIS. Noch in diesem Jahr werden mehr als 14.000 Geräte geprüft und, wenn möglich, in die Weiterverwertung gegeben. So bleibt Hardware möglichst lange im Einsatz und wertvolle Ressourcen werden geschont.

Smartes Energiemanagement für unser Rechenzentrum

Unsere Liegenschaften werden zu 85 Prozent mit Ökostrom versorgt. Unser Rechenzentrum zu 100 Prozent. Mit der Abwärme wird zum Beispiel eine Turnhalle geheizt. Dank moderner Klimatechnik liegt im Twin Data Center die Power-Usage-Effectiveness (PUE) mit 1,22 deutlich unter der künftigen gesetzlichen Höchstgrenze (1,5) für Bestandsrechenzentren und dem Durchschnitt deutscher Rechenzentren (1,52). Der Wert beschreibt die Menge der verbrauchten Energie im Verhältnis zum Energieverbrauch der IT-Infrastruktur. Ein hoher Virtualisierungsgrad und moderne Kühltechnik tragen entscheidend zu den hervorragenden Werten bei. Für den energieeffizienten und ressourcenschonenden Betrieb unseres Rechenzentrums in Norderstedt wurde die Firma Akquinet als Betreiber 2023 mit dem Zertifikat „Sustainable Data Center“ des TÜV Rheinland ausgezeichnet.

Mehr Mobilität für weniger Verbrauch

Bei Dataport verfolgen wir verschiedene Ansätze, um unseren CO₂-Ausstoß zu verringern. Mobiles Arbeiten ist nur ein Beispiel. Betriebsversammlungen etwa streamen wir aus unserem Studio für alle Mitarbeitenden. So fördern wir ohne Reiseaufwand die Gemeinschaft über unsere Standorte hinweg. Unseren Fuhrpark wollen wir Schritt für Schritt auf Elektro-Fahrzeuge umstellen. An unserem Unternehmenssitz in Altenholz befinden sich zudem 22 Ladepunkte. Mit dem Ökostrom aus regionaler Windkraft laden nicht nur Mitarbeitende ihre Fahrzeuge. Auch die Anwohnerinnen und Anwohner nutzen die Ladesäulen. Wo möglich, stehen an unseren Standorten Diensträder bereit. Im Raum Kiel kooperieren wir mit einem Anbieter für Leihrad-Stationen. Seit 2024 gibt es zudem einen Zuschuss für das Deutschlandticket und das Leasing von Fahrrädern. So fördern wir umweltschonende Mobilität und tun zugleich etwas für die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen.

Ein klares Bekenntnis für mehr Vielfalt

Bei Dataport arbeiten zurzeit rund 5.500 Menschen. Menschen unterschiedlichen Alters, verschiedener Nationalitäten, ethnischer und sozialer Herkunft, mit und ohne Behinderungen, mit unterschiedlicher geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung, Religion und Weltanschauung. Wir leben und arbeiten an verschiedenen Standorten in Deutschland, bringen unsere Kulturen und Sichtweisen in unsere Arbeit ein. Die Vielfalt in unserem Unternehmen begreifen wir als unsere Stärke. Und wir wollen vielfältig bleiben, Diversität und Inklusion bei Dataport fördern. Um die Chancen und Potenziale noch besser auszuschöpfen, setzen wir im Jahr 2024 ein Diversity Management auf.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE



GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Dataport ist der Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Sachsen-Anhalt und der Steuerverwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen sowie für den IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR (ITVSH).

Dataport hat seinen Unternehmenssitz in Altenholz (bei Kiel) und Niederlassungen in Hamburg, Kiel, Bremen, Rostock, Lüneburg, Magdeburg und Halle. Dataport unterhält zudem Bürostandorte in Hannover, Potsdam sowie in Berlin.

Die Krisen der letzten Jahre haben die Erkenntnis und das Bewusstsein geschärft, dass die öffentliche Verwaltung als stabilisierender Faktor von Wirtschaft und Gesellschaft gut aufgestellt sein muss, um auf Krisen und krisenhafte Phänomene schnell und stabilisierend zu reagieren. Die Gesellschaft altert, Fachkräfte fehlen, Krieg in Europa, Klimawandel und geopolitische Krisen erfordern eine Verwaltung, die auch unter diesen Rahmenbedingungen handlungs- und funktionsfähig ist. Die IT-Leistungen sind damit nicht nur

am Normalfall auszurichten, sondern auch an ihrem Potenzial für die Bewältigung unterschiedlicher Krisenphänomene. Die IT der Verwaltungen ist als Maßnahme der Prävention resilient zu gestalten. Die Corona-Krise hat belegt, dass die Resilienz einer Verwaltung auch von ihrem Digitalisierungsgrad abhängt. Digitalisierung ist also Teil der Lösung einer auf Resilienz ausgerichteten Strategie. Die Gewährleistung von IT-Sicherheit sowie von digitaler Souveränität sind wesentliche Elemente, mit deren Hilfe die Verletzlichkeit der IT und damit der öffentlichen Verwaltung insgesamt reduziert wird. Aufgrund der zunehmenden Bedrohungslagen, insbesondere an der Zahl der steigenden Cyberangriffe abzulesen, erfordert dies erhöhte Aufwände.

Dataport ist gemessen an diesen Anforderungen gut aufgestellt: Die Konsolidierung aller Rechenzentren auf zwei neue und zudem nach IT-Grundschutz zertifizierte Rechenzentren ist eine wichtige Grundlage. Dataport folgt damit den politischen Vorgaben des IT-Planungsrates, die IT-Sicherheit auf der Basis des nationalen Standards umfassend zu gewährleisten. Darüber hinaus erfüllen diese Rechenzentren bereits heute die Anforderungen an die vorgeschriebene Energieeffizienz.

Diese Infrastruktur wird nun im Rahmen des Programms Nordstern umfassend modernisiert und auf eine stärkere Cloudifizierung und Automatisierung ausgerichtet. Erste „Schnellboote“ dieser Modernisierung sind für einzelne große Anwendungen bereits in der Produktion. So läuft beispielsweise die Produktion der Infrastruktur für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bereits auf einer Containerstraße. Die Modernisierung führt zur Stärkung der digitalen Souveränität der öffentlichen Hand durch einen erhöhten Einsatz von Open-Source-Software im Rechenzentrum. Auch die Entwicklung des auf Open-Source-Software basierenden Webclients dPhoenix und seiner Module zählt auf die Gewährleistung der digitalen Souveränität ein.

Digitalisierung ist der prägende Entwicklungstrend für Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft. Sie bewirkt Veränderungen in der Produktion von Leistungen der Kernverwaltung und sie bestimmt die Entwicklungsdynamik der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen entspricht nicht nur der Erwartungshaltung der Bevölkerung, sondern sie ist auch eine Maßnahme zur Bewältigung des demografischen Wandels. Weniger Menschen werden im gleichen Umfang wie bisher die Produktion von Verwal-

tungsleistungen zu erbringen haben. Eine besondere Rolle spielt die zunehmende Leistungsfähigkeit der Algorithmen als technologische Voraussetzung für die Automatisierung von Verwaltungsleistungen. In diesem Zusammenhang liegt ein besonderes Gewicht auf neuen Technologien wie KI und hier im Besonderen auf Large-Language-Modellen. Mit dem systematischen Aufbau der erforderlichen technischen und personellen Kompetenz hat Dataport die Voraussetzungen für einen eigenen KI-Hub geschaffen, aus dem heraus bereits eine Vielzahl an KI-Projekten für die öffentliche Verwaltung gestaltet worden ist.

Mit der Bereitstellung von knapp 500 Online-Diensten auf der von Dataport entwickelten und betriebenen OSI-Plattform (Online-Service-Infrastruktur) hat Dataport für den Norden die Umsetzungsphase des OZG abgeschlossen. Aktuell stehen das Roll-out der von Dataport erstellten und das Roll-in der von Dritten erstellten Online-Dienste, hier insbesondere der sogenannten Fokusleistungen, an. Mittlerweile sind über 2.100 Verwaltungsstellen von Dataport erfolgreich angebunden und in der Folge des „Einer-für-Alle“-Ansatzes (EfA) weitet sich die Geschäftstätigkeit von Dataport auf Ver-

waltungen außerhalb der Träger aus.

Diese Ausrichtung ist eingebettet in das vom Verwaltungsrat beschlossene strategische „Zielbild 2022-2026“, den strategischen Rahmen für die Unternehmensentwicklung.

Mit dem Auslaufen des Konjunkturprogramms 2023 sind die Bundesmittel für die Digitalisierung der Verwaltungen in den Ländern und Kommunen ausgelaufen. Diese und andere Förderprogramme wie der Digitalpakt Bildung haben für Dataport in den letzten Jahren zweistellige Wachstumsraten befördert. Für 2024 bremsen das Auslaufen dieser Mittel das Wachstum von Dataport auf ein Niveau von ca. fünf Prozent. Digitalisierung und Konsolidierung haben allerdings nicht an Bedeutung verloren. Dataport befindet sich weiterhin auf einem nachhaltigen Wachstumskurs.

ENTWICKLUNG DES UMFELDES

1. Konjunktur in der Zeitenwende

Die am Anfang des Jahres 2023 gestellten wirtschaftlichen Prognosen verweisen auf einen wachsenden Markt

der IT-Branche. Laut Bitkom zeigt sich die IT-Branche trotz schwieriger konjunktureller Bedingungen, geprägt von geopolitischen Krisen und Haushaltskürzungen, weiter auf Wachstumskurs (plus 2,2 Prozent auf 142,9 Milliarden Euro). Digitalisierung ist die Antwort auf die aktuellen Herausforderungen für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Die Informationstechnik ist dabei der wichtigste Wachstumstreiber. Die Handlungsfähigkeit des Staates, gezielter Einsatz und Nutzung von Daten sowie die digitale Souveränität bleiben laut Bitkom die zentralen Treiber für die weitere Digitalisierung. Die Umsätze mit Plattformen für die Entwicklung, das Testen und die Bereitstellung von Software wachsen überdurchschnittlich. Künstliche Intelligenz wird 2024 das Top-Thema bleiben. Die Umsätze werden um 4,4 Prozent auf 224,3 Milliarden Euro (2023: 3,8 Prozent, 203,4 Milliarden Euro) steigen.¹

Bis zum Jahresende soll die Beschäftigtenzahl in der IT-Branche auf 1,368 Millionen steigen. Allerdings fehlen weiterhin Spezialistinnen und Spezialisten.

¹ bitkom.org/Presse/Presseinformation/Digitalbranche-von-Krisen-unbeeindruckt

Entsprechend belegt der Bitkom, dass 149.000 Stellen für IT-Fachkräfte unbesetzt bleiben.²

Der Jahresabschluss 2023 steht im Zeichen einer finanzpolitischen Trendumkehr. Die Gesamtausgaben des Bundes und die Neuverschuldung sind 2023 gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen. Laut Bundesministerium der Finanzen (BMF) markiert das Jahr 2023 eine Rückkehr „zu stabilen und tragfähigen Staatsfinanzen“. Anders als in den Vorjahren ist das Ausmaß der finanziellen Anstrengungen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie deutlich zurückgegangen. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Ende 2023 zu den Voraussetzungen für Ausnahmen von der verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse wirkt sich auf die Finanzierung von Digitalisierungsvorhaben aus. Die Unterstützung der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat hingegen wie im Vorjahr den Haushalt geprägt.

Im Januar 2024 lagen laut Aussage des BMF die Steuereinnahmen 2023 unter dem bislang geschätzten Wert. Das Ministerium wertete dies als Beleg für die schwache Konjunktur und mahnte Sparsamkeit an. Die Zeiten, in

denen sich im Bundeshaushalt immer wieder neue Spielräume auftäten, seien vorbei.³ Die finanziellen Spielräume von Bund, Ländern und Kommunen bleiben damit eng. Nach einer Prognose der Steuerschätzer wird der Staat im kommenden Jahr nur rund 1,9 Milliarden Euro mehr Steuern einnehmen. Insgesamt erwarten die Steuerschätzer für 2024 Einnahmen von 964,1 Milliarden Euro.⁴

Die wirtschaftliche Gesamtsituation würde, so das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), weiterhin durch den Angriffskrieg auf die Ukraine belastet. Das weltwirtschaftliche Umfeld sei labil, das Wachstum des Welthandels historisch niedrig, was für eine Exportnation wie Deutschland eine Herausforderung sei. Das BMWK konstatiert zudem, dass die größte Herausforderung für Deutschland der Arbeitskräftemangel sei. Er wird sich in den nächsten Jahren verschärfen und das wirtschaftliche Wachstum dämpfen. Dennoch, die Bundesregierung sei zuversichtlich, dass bei einer umfassenden und zielgerichteten Angebotspolitik die aktuelle Wirtschaftsschwäche überwunden und das Wachstumspotenzial erfolgreich vorangetrieben werden kann.

2. Digitale Souveränität des Staates und Resilienz der öffentlichen Verwaltung

Vor dem Hintergrund der skizzierten Krisen zeigt sich, dass der Druck auf die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung nicht nachlassen wird. Im Gegenteil! Es lassen sich aus der bisherigen Entwicklung mehrere Konstanten herauslesen: Die Bedeutung von digital souveränen IT-Dienstleistungen nimmt weiter zu, um im Rahmen der Strategie der digitalen Souveränität Abhängigkeiten von IT-Dienstleistungen aus Drittländern zu minimieren und um die Resilienz staatlicher Verwaltungsleistungen sicherzustellen. In einer Zeit zunehmender geopolitischer Krisen rückten Themen wie IT- und Cybersicherheit in den Fokus. In Spannungszeiten müssen die digitalen Verwaltungsleistungen beispielsweise gegen Cyberangriffe gut geschützt sein. Die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung ist ein stabilisierender Faktor für Wirtschaft und Gesellschaft. Dies gilt erst recht in Zeiten von Unsicherheiten.

Die Krisen der letzten Jahre haben die Erkenntnis und das Bewusstsein geschärft, dass die öffentliche Verwaltung als stabilisierender Faktor von Wirtschaft und Gesellschaft gut auf-

gestellt sein muss, um auf Krisen und krisenhafte Phänomene schnell und stabilisierend zu reagieren. Das wird auf Dauer nur gelingen, wenn die IT-Infrastrukturen und die darauf erbrachten Leistungen sicher, performant und skalierbar konfiguriert sind. Für eine resiliente Verwaltung sind die IT-Leistungen also nicht nur für den Normalfall, sondern an allfälligen Krisenphänomenen auszurichten und zu gestalten. Digital souveräne Dienstleistungen stellen sich demnach als Normalfall und nicht erst als spontane Reaktion auf eine „überraschende“ beispielsweise geopolitische „Umkehrung“ dar.

Deutlich wird dies bei der Betrachtung der Gefährdungslage durch Cyberkriminalität. Die Gefährdungslage hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschärft. Die beherrschenden Trends sind eine zunehmende Professionalisierung des Cybercrime, die Nutzung des Cyberraums für staatliche Aktivitäten, die zwischen Spionage und (verdeckter) Kriegsführung anzusiedeln sind, aber auch die Ergänzung regulärer Kriegsführung durch Cyberangriffe.

Die Schadenspotenziale sind neben wirtschaftlichen Schäden auch eine systematische Destabilisierung des demokratischen Lebens beispielsweise durch Fake News und die Diskreditierung von demokratischen Wahlen.

Die zunehmende Professionalisierung führt nicht nur zu ausgeklügelteren Angriffen als bisher, sondern auch zu einer immer rascheren Abfolge dieser. Die Abhängigkeit der öffentlichen Verwaltung von einer funktionsfähigen IT unterstreicht die Bedeutung einer wirkungsvollen Prävention und einer Resilienz der Systeme. Der aktuelle Fall der von Russland geleakten Videokonferenz über die mögliche Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern in die Ukraine aus dem Februar 2024 unterstreicht die Bedeutung des Vorhandenseins und der ordnungsgemäßen Nutzung digital souveräner Lösungen.

Die Verschlechterung der zwischenstaatlichen Beziehungen seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges führt zu zunehmenden Angriffen auf Regierungs- und Wirtschaftseinrich-

tungen. Dataport hat sich auf diese Lage mit einer Verstärkung seiner Fähigkeiten zur Lagebeobachtung, der Systemüberwachung und der Reaktionsfähigkeit auf Angriffe im Rahmen seines Security Operations Centers (SOC) eingestellt.

Dataport erwartet, dass die öffentliche Hand weiterhin in ihre Digitalisierung investieren wird. Dataport ist mit seiner Akzentuierung auf die Aufgabe, die digitale Souveränität des Staates zu schützen und die Resilienz der öffentlichen Verwaltung zu unterstützen, gut aufgestellt. Mit seinem BSI⁵-zertifizierten und energieeffizienten Rechenzentrum, der Einrichtung eines SOC (Security Operations Center) sowie der Akzentuierung von Open Source sind wichtige Voraussetzungen geschaffen worden, eine funktionsfähige und krisenfeste IT für die öffentliche Verwaltung im Norden zur Verfügung zu stellen. Die Dynamik der Entwicklung erfordert allerdings auch noch weitere Anstrengungen.

² bitkom.org/Presse/Presseinformation/Rekord-Fachkraeftemangel-Deutschland-IT-Jobs-unbesetzt

³ bitkom.org/Presse/Presseinformation/Rekord-Fachkraeftemangel-Deutschland-IT-Jobs-unbesetzt

⁴ bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/165-steuerschaetzung-2233082

⁵ Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik

In Umsetzung der im „Zielbild 2022-2026“ beschriebenen Hybrid-Strategie verhandelt Dataport mit Software-Lieferanten, die perspektivisch ihre Leistungen nur noch aus einer vom europäischen Ausland dominierten Cloud anbieten wollen. Dataport bemüht sich um einen verstärkten Einsatz von Open-Source-Lösungen, um damit die Abhängigkeit von nichteuropäischen Anbietern zu reduzieren und die eigene Verhandlungsmacht zu stärken. Über 40 Prozent der Rechenzentrums-Infrastrukturen laufen bereits auf einem Open-Source-Betriebssystem. dPhoenix als Werkstatt, aus der eine Lösung für einen Open-Source-Arbeitsplatz bereitgestellt wird, ist ein weiteres Ergebnis dieser Bemühungen. Das vollständige Stack mit allen Komponenten wie Videokonferenz, E-Mail und Office-Produkten ist in der Version 3.0 einsatzfähig. Nur so können die Erwartungen an eine souveräne Datenhaltung und -verwaltung erfüllt werden.

Darüber hinaus beteiligt sich Dataport an den Aktivitäten zum Aufbau einer Deutschen Verwaltungscloud. Mit der Deutschen Verwaltungscloud wird ein neuer digitaler Marktplatz für die Behörden von Bund, Ländern und Kommunen aufgebaut, auf dem sie Cloud-Services von den IT-Dienstleistern der öffentlichen Verwaltung schnell, sicher

und souverän beziehen können. Perspektivisch sollen auf diesem Marktplatz alle IT-Lösungen, die die Verwaltung benötigt, als Cloud-Services angeboten und verwaltet werden.

Zusätzlich ist die Deutsche Verwaltungscloud nicht nur als Marktplatz für Cloud-Services konzipiert, sondern als ein neues Zusammenarbeitsmodell für die öffentliche Verwaltung. Dafür wird ein rechtlicher, organisatorischer und technischer Rahmen geschaffen, auf dessen Basis IT-Dienstleistungen gemeinsam standardisiert entwickelt, betrieben und allen Behörden zur Nachnutzung zur Verfügung gestellt werden können. Die Deutsche Verwaltungscloud stärkt damit das „Einer-für-Alle“-Prinzip (EfA-Prinzip). Dataport ist Treiber des Ökosystems Deutsche Verwaltungscloud und schafft gemeinsam mit Partnern Mehrwerte für die Verwaltung auf Basis von Standards.

Ergänzend engagiert sich Dataport in der Gaia-X-Initiative. Ziel von Gaia-X ist die Schaffung einer sicheren und vernetzten europäischen Dateninfrastruktur.

3. Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

Digitale Infrastrukturen gehören zur Daseinsvorsorge und sind eine wichtige Gestaltungsaufgabe der Politik. Digitale Daseinsvorsorge bedeutet, sich unter dem Vorzeichen der digitalen Souveränität mit der Frage zu befassen, welche Infrastrukturen und digitalen Dienste so wichtig sind, dass sie nicht allein privaten Unternehmen überlassen werden, sondern in öffentlicher Verantwortung verbleiben müssen. Die Erfahrungen mit politischen und wirtschaftlichen Krisen zeigen, dass der Staat in allen Handlungsfeldern stärker als bisher Vorsorge treffen und Möglichkeiten zum Eingreifen und zur besseren Steuerung schaffen muss. Das gilt insbesondere für die Felder der öffentlichen Ordnung einschließlich des Katastrophenschutzes, aber auch für das Gesundheitswesen oder den Bildungsbereich. Gezeigt hat sich, dass es auch bei der Digitalisierung von Staat und Verwaltung notwendig ist, leistungsfähige Infrastrukturen weiter auszubauen, die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen zu ermöglichen und die Möglichkeit zur Nutzung von Daten als Grundlage für politische Entscheidungen schneller als bisher voranzutreiben.

Dataport beteiligt sich an der Umsetzung der Strategie der digitalen Souveränität, stellt für seine Träger sichere IT-Infrastrukturen zur Verfügung und treibt den digitalen Wandel durch die Entwicklung innovativer Services weiter voran. Dazu gehört der Betrieb leistungsfähiger Datennetze, über die ein schneller und sicherer Datenaustausch erfolgen kann. In BSI-zertifizierten, georedundanten Rechenzentren betreibt Dataport rund 1.000 Fachverfahren der Verwaltungen. Hard- und Software werden für die Träger durch die Abnahme großer Stückzahlen und langfristige Rahmenverträge zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt.

Die Corona-Krise hat belegt, dass die Resilienz einer Verwaltung von ihrem Digitalisierungsgrad abhängt. Mobile Arbeitsplätze, VPN und eAkte etc. haben die Arbeits- und Leistungsfähigkeit unabhängig von der „Fläche“, das heißt den Räumlichkeiten einer Dienststelle, gesichert. Die Pandemie ist vorbei, der Bedarf an mobilen Lösungen ist aufgrund von Homeoffice und mobilem Arbeiten weiterhin hoch.

Eine entscheidende Rolle dafür spielt dabei das EfA-Prinzip. Im Februar 2024 sind 114 von 122 EfA-Online-Diensten produktiv. Damit liegt der Umsetzungsgrad bei 93 Prozent.

Der Bereitstellung der Online-Dienste folgt ihre Implementierung und Anbindung an die Fachverfahren, damit sie auch tatsächlich genutzt werden können. Diese Anbindungen sind angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Fachverfahren in jeweils anderen Betriebsumgebungen herausfordernd, aber mit einem gewissen Aufwand und viel Erfahrung zu leisten. Dataport hat mittlerweile über 2.100 Verwaltungen an Online-Dienste angebunden (Stand 2/2024). Über 1.300 weitere Anbindungen waren zu diesem Zeitpunkt in Bearbeitung. Auch die Nutzung der OSI-Plattform steigt. Ende Februar waren 1,4 Mio. Servicekonten (2023: 1,06 Mio.) auf der Plattform eingerichtet und es sind knapp 640 Tsd. Aufrufe der Plattform verzeichnet worden. Die Anzahl der Besuche auf den OSI-Serviceportalen ist über die letzten zwölf Monate um 62 Prozent gestiegen.

Ungeachtet der Differenzen zwischen Bund und Ländern zum OZG-Gesetz 2.0, dem der Bundesrat erst im Juni 2024 zugestimmt hat, und auch ungeachtet der Auseinandersetzung um die Finanzierung der weiteren Digitalisierung, haben die Träger mit Unterstützung von Dataport die Umsetzung des OZG forciert und geliefert. Maßgeblicher Faktor ist die Zahl der erfolgreichen Anbindungen von On-

line-Diensten und deren Nutzung im Verhältnis zu den analogen Diensten.

Nach den digitalen Verwaltungsleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen geht es nun um die Automatisierung von Verwaltungsvorgängen, durchgängige digitale Prozesse, die Nutzung der Registerdaten und eine weiterhin erfolgreiche Umsetzung des EfA-Prinzips. Mit der OZG-Cloud, Modul-F und KI-Technologien wie Software-Robotern hat Dataport die Online-Service-Infrastruktur (OSI) zu einer Plattform für Verwaltungsdigitalisierung ausgebaut.

Darüber hinaus werden durch die anhaltende digitale Transformation und im Sinne der digitalen Daseinsvorsorge zusätzliche Angebote in den Bereichen Gesundheit, Kultur und Bildung entwickelt. Auch Steuer, Justiz, Polizei oder Feuerwehr werden mit innovativen digitalen Angeboten unterstützt.

Die Entwicklung innovativer Online-Dienste wird auch in Zukunft ein wichtiges Tätigkeitsfeld bleiben. Die Nachfrage nach vollständig digitalisierten Verwaltungsleistungen, bei denen Nutzerorientierung und automatisierter Datenaustausch im Vordergrund stehen, wird schon wegen der demografischen Entwicklung und der damit

verbundenen abnehmenden Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter steigen. Dies wird absehbar weitere Effizienzgewinne durch Automatisierung notwendig machen. Hier werden vor allem auch die durch die noch umzusetzende Registermodernisierung geschaffenen Möglichkeiten sichtbar werden. Daneben werden klassische Tätigkeitsfelder wie die IT-Konsolidierung weiterhin bestehen bleiben, weil auch dadurch Effizienzgewinne erzielt werden können.

Der Grundgedanke der föderalen IT-Zusammenarbeit strahlt mittlerweile auch über die Trägerländer hinaus, weil durch länderübergreifende Zusammenarbeit Effizienzgewinne erzielt werden können. Dataport betreibt beispielsweise für Niedersachsen, Brandenburg und Thüringen die dBildungscloud. Dataport ist zudem in das Programm Polizei 2020 eingebunden, ein Programm zur Betriebskonsolidierung der polizeilichen Vorgangssteuerverfahren. Mit der Lösung @rtus wird Dataport eines von drei der künftig im Bundesgebiet eingesetzten Vorgangsbearbeitungssystemen betreiben. Dataport betreibt bereits heute für sechs Länder Steuerfachverfahren. Mit der Cloudifizierung seines Rechenzentrums ist Dataport auch für den Betrieb zukünftig noch zu modernisierender steuerfachlicher Verfahren vorbereitet.

Als Mehrländereinrichtung ist Dataport aufgrund seiner Kooperationserfahrungen für die Umsetzung des EfA-Prinzips oder abgeschwächter „Wenige für Mehrere“ sehr gut aufgestellt. Die Beteiligung und Unterstützung der Genossenschaft der IT-Dienstleister govdigital ist Beleg, dass Dataport auch zukünftig bereit ist, die Erfüllung wichtiger IT-Dienstleistungen in dieser Arbeitsteilung auch bundesweit zu erledigen. Das Engagement für den Open-Source-Client dPhoenix oder in der Umsetzung der Deutsche-Verwaltungscloud-Strategie sind Ausdruck dieser Bereitschaft zur Übernahme auch bundesweiter Aufgaben.

Dataport verfügt mit seinem Data Center Steuern, dem Data Center Justiz und dem Data Center Polizei im BSI-zertifizierten Rechenzentrum über die Voraussetzungen, die weitere IT-Konsolidierung der zentralen Fachverwaltungen im Hoheitsbereich der öffentlichen Verwaltung zu unterstützen. Im Data Center Steuern rechnet Dataport für sechs Länder, im Data Center Justiz und im Data Center Polizei für jeweils vier. Die erreichten Erfolge haben das Interesse weiterer Länder verstärkt. Das Programm Polizei 2020 wird diese Entwicklung zur Konsolidierung nachhaltig unterstützen.

Dataport verknüpft die Bereitstellung von IT mit einer ganzheitlichen Perspektive der Unterstützung für erfolgreiches Arbeiten im Unternehmen: die richtige Fläche, moderne IT-Dienstleistungen und ein gutes Arbeitsklima. Um das Richtige zur richtigen Zeit und in der richtigen Mischung anbieten zu können, erhebt und misst Dataport systematisch die erforderlichen Informationen bei seinen Beschäftigten, um die Rahmenbedingungen nachjustieren zu können. Dataport hat sich auch für seine eigene Entwicklung Data Inspired Dataport auf die Fahnen geschrieben.

Neben der digitalen Souveränität oder dem bundesweiten Roll-Out der EfA-Online-Dienste haben Themen wie Big Data Analytics, Machine Learning und Künstliche Intelligenz an Bedeutung gewonnen. Sie zahlen auf die Notwendigkeit der Automatisierung von Verwaltungsleistungen und eine von Daten getriebene Verwaltung (Data Driven Government) ein.

Dataport hat im Jahr 2021 einen Hub für Datennutzung und künstliche Intelligenz (data[port]ai) aufgebaut. Eine Plattform, auf der datengetriebene Lösungen und KI-Lösungen für die Verwaltung entwickelt und betrieben werden können. Der Hub soll auch Unternehmen (insbesondere kleinen

und mittleren Unternehmen), Start-ups sowie Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen aus der Region als offene Plattform für Innovation und Wertschöpfung durch KI zur Verfügung stehen.

Mit Projekten zur digitalen Daseinsvorsorge erweitert Dataport das Leistungsspektrum auf kommunaler Ebene. Dies wird auch am Beispiel der Unterstützung des Kommunalbereichs bei der Braunkohlekonversion in Sachsen-Anhalt deutlich.

Die Lage auf dem IT-Arbeitsmarkt verschärft sich durch den Fachkräftemangel weiterhin. Dataport rekrutiert gleichwohl erfolgreich. Der Aufwand dafür wächst jedoch und fordert von Dataport, seine Recruiting-Strategien kontinuierlich und systematisch an die sich verändernden Bedingungen anzupassen. Dataport kann mit interessanten Projekten, seinem New-Work-Konzept, einem guten Betriebsklima, Familienfreundlichkeit und seiner Ausrichtung am Public Value derzeit noch gut „punkten“ – allerdings wächst der dafür erforderliche Aufwand an Ressourcen.

GESCHÄFTSVERLAUF UND LAGE DES UNTERNEHMENS

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt im Wesentlichen anhand der finanziellen Leistungsindikatoren Umsatzerlöse, Jahresergebnis, Personalaufwand, Eigenkapital(-quote), Investitionsvolumen sowie Liquidität.

Die Geschäftsentwicklung von Dataport führte im Wirtschaftsjahr 2023 zu einer Umsatzsteigerung von 178,1 Millionen Euro oder 15,1 Prozent auf 1.360,5 Millionen Euro (2022: 1.182,4 Millionen Euro). Das Jahresergebnis 2023 liegt in Höhe von 11,6 Millionen Euro um 6,6 Millionen Euro unter dem Vorjahr (2022: 18,2 Millionen Euro).

Die Umsatzerlöse für eigene Leistungen sind im Wirtschaftsjahr 2023 um 115,2 Millionen Euro oder 12,7 Prozent auf 1.023,7 Millionen Euro (2022: 908,5 Millionen Euro) gestiegen. Insbesondere im Bereich Online-Dienste und -infrastruktur konnte ein überdurchschnittliches Umsatzwachstum von 36,3 Millionen Euro erreicht werden. Die weiterhin hohen Digitalisierungsanforderungen der Kunden haben auch bei den Umsatzerlösen für das durchlaufende Handelsgeschäft für Wachstum gesorgt. In Summe stiegen

die Umsätze aus dem Handelsgeschäft gegenüber dem Vorjahr (2022: 273,9 Millionen Euro) um 62,9 Millionen Euro auf 336,8 Millionen Euro. Diese umfassen die Umsätze mit Handelswaren in Summe mit 188,2 Millionen Euro, die Umsätze mit durchlaufenden Fremdleistungen (137,4 Millionen Euro) sowie die Umsätze mit durchlaufenden Leistungen für Pflege und Wartung (11,2 Millionen Euro).

Die aktivierten Eigenleistungen wurden gegenüber dem Vorjahr um 6,0 Millionen Euro auf 22,9 Millionen Euro (2022: 16,9 Millionen Euro) erhöht. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 6,4 Millionen Euro um 2,0 Millionen Euro über dem Vorjahr (2022: 4,4 Millionen Euro). Entgegen dem Vorjahr konnte im Wirtschaftsjahr 2023 ein außerordentlicher Ertrag aus der Rückdeckungsversicherung in Höhe von 3,8 Millionen Euro erzielt werden.

Der Aufwand für Material und bezogene Dienstleistungen stieg im Wirtschaftsjahr 2023 insgesamt um 108,2 Millionen Euro oder 15,7 Prozent auf 796,8 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr (2022: 688,6 Millionen Euro). Die deutliche Aufwandssteigerung lässt sich primär auf das zusätzliche Handelsgeschäft zurückführen und verursacht einen gegenüber dem Vorjahr um

Wirtschaftliche Lage

63,9 Millionen Euro höheren Aufwand. Zusätzlich wurden rund 22,6 Millionen mehr für die Beauftragung von Fremdleistungen aufgewendet, welche im Rahmen von Kundenaufträgen durch Erlöse finanziert sind. Außerdem sind die Aufwände für Softwarepflege und -miete um rund 17,2 Millionen Euro gestiegen.

Der Personalaufwand ist in 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 571 Millionen Euro oder 15,2 Prozent auf 431,8 Millionen Euro (2022: 374,7 Millionen Euro) gestiegen. Der Anstieg ist vor allem auf die wachstumsbedingte Erweiterung der Personalkapazitäten (+ 11,2 Prozent) von durchschnittlich 4.196 Full Time Equivalents (FTE) in 2022 auf 4.668 FTE in 2023 zurückzuführen. Zusätzlich erhöhte die im Dezember 2023 in der Tarifeinigung beschlossene Inflationsausgleichsprämie den Aufwand um zusätzliche 9,8 Millionen Euro.

Die Abschreibungen liegen mit 80,3 Millionen Euro um 11,9 Millionen Euro oder 17 Prozent über dem Wert des Vorjahres (2022: 68,4 Millionen Euro). Die im Verlauf der vergangenen Jahre stark gestiegenen Investitionssummen führen zu einem entsprechend steigenden Aufwand für Abschreibungen. Gegenüber dem Vorjahr (2022: 119,9 Millionen Euro) steigt die Investitions-

summe im Wirtschaftsjahr 2023 um 17,2 Millionen Euro auf 136,8 Millionen Euro. Das Anlagevermögen, ohne Finanzanlagen, hat einen bilanzierten Wert in Höhe von 372,8 Millionen Euro (2022: 317,9 Millionen Euro).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen steigen im Vergleich zum Vorjahr um 9,1 Millionen Euro auf 56,6 Millionen Euro (2022: 47,5 Millionen Euro). Dieser Anstieg lässt sich zum einen auf das Personalwachstum (+ Ø 472 FTE in 2023) und die damit verbundenen Aufwendungen von Dataport zurückführen, zum anderen sind hier die Auswirkungen der weiterhin hohen Inflation des vergangenen Jahres spürbar. Im Vorjahresvergleich sind insbesondere die Aufwendungen für Aus- und Fortbildung (+1,5 Millionen Euro), die Reisekosten (+1,5 Millionen Euro) sowie der Aufwand für Gebäudebewirtschaftung (+1,3 Millionen Euro) und Strom, Wasser, Heizung (+1,2 Millionen Euro) deutlich gestiegen.

Die kurzfristigen, finanziellen Verpflichtungen konnten aus eigenen Mitteln und unter temporärer Inanspruchnahme der Kontokorrentkredite erbracht werden. Zum Jahresende bestehen Betriebsmittelkredite in Höhe von 27 Millionen Euro. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt

79,9 Millionen Euro (2022: 139,8 Millionen Euro).

Das Anlagevermögen war zum 31.12.2023 zu 75,2 Prozent (2022: 80,5 Prozent) durch Eigenkapital und langfristige Pensions- und Beihilferückstellungen gedeckt. Die Finanzanlagen in Höhe von 112,5 Millionen Euro (2022: 99,0 Millionen Euro) bestehen nahezu ausschließlich aus den Rückdeckungsversicherungen. Das Umlaufvermögen beträgt 170,3 Millionen Euro (2022: 202,4 Millionen Euro). Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 50,2 Millionen Euro (2022: 46,9 Millionen Euro) betreffen im Wesentlichen Vorauszahlungen für Hardwarewartungs- und Softwarepflegeverträge.

Die Eigenkapitalquote steigt auf 14,3 Prozent (2022: 13,4 Prozent). Aufgrund des deutlich positiven Jahresüberschusses ergibt sich trotz höherer Bilanzsumme eine Erhöhung der Eigenkapitalquote.

Die Rückstellungen steigen um 43,8 Millionen Euro auf 324,5 Millionen Euro (2022: 280,7 Millionen Euro). Zu dem Anstieg tragen im Wesentlichen die Erhöhung der Pensionsrückstellungen (+14,0 Millionen Euro), der sonstigen Rückstellungen (+15,5 Millionen Euro), der Steuerrückstellungen (+9,2

Millionen Euro), der Beihilferückstellung (+3,6 Millionen Euro) sowie der Rückstellungen für Überstunden und Urlaubsverpflichtungen (+1,5 Millionen Euro) bei.

Die Summe der Verbindlichkeiten ist im Berichtsjahr um 18,5 Millionen Euro auf 157,3 Millionen Euro (2022: 138,8 Millionen Euro) gestiegen. Der Anstieg ist vor allem auf höhere Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung zurückzuführen. Diese stiegen im Vergleich zum Vorjahr (2022: 92,5 Millionen Euro) um 23,4 Millionen Euro auf 115,9 Millionen Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr (2022: 37,0 Millionen Euro) um 3,1 Millionen Euro auf 33,9 Millionen Euro, was in der jährlichen Tilgung des Investitionskredits für den Bau des digitalen Druck- und Kuvertierzentrums (Stand 31.12.2023: 6,9 Millionen Euro) sowie des Betriebsmittelkredits (Stand 31.12.2023: 27,0 Millionen Euro) begründet ist.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten liegen um 34,4 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert bei 122,7 Millionen Euro (2022: 157,1 Millionen Euro). Diese beinhalten zum einen kundenfinanzierte Investitionen, vor allem in den Produkten des Standardersatzbedarfs in der Endgerätebetreuung und für

den Netzausbau. Zum anderen wurden durch die Kunden Projekte und Entwicklungsaufträge vorfinanziert, deren Leistungen von Dataport im Wesentlichen im kommenden Wirtschaftsjahr zu erbringen sind.

Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens im Geschäftsjahr 2023 ist als stabil zu beurteilen.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren ergeben sich insbesondere aus der Personalleistungsstatistik. Im Geschäftsjahr 2023 liegt der Anteil der Leistungen für Kundenaufträge und marktorientierte Projekte der internen Mitarbeiter bei 71,0 Prozent (2022: 69,5 Prozent). Die sonstigen Zeiten (Urlaub, Krankheit, Fortbildung und allgemeine Administration) liegen entsprechend bei 29,0 Prozent (2022: 30,5 Prozent).

AUSBLICK, CHANCEN UND RISIKEN

Dataport hat sich erfolgreich als öffentlicher IT-Dienstleister für die Verwaltung etabliert und wird diese auch zukünftig erfolgreich mit hochwertigen und wirtschaftlichen IT-Dienstleistungen unterstützen. Mit der im „Dataport-Zielbild 2022-2026“ formulierten Vision

und den umfangreichen Zielvorgaben hat Dataport einen Rahmen für die Entwicklung:

„Dataport ist ein öffentliches Unternehmen aus dem Norden, das sich agil in seinen internen und externen Strukturen und Prozessen auf wachsende Bedarfe der Kundinnen und Kunden ausrichtet. Dataport erbringt in Benchmarks erfolgreiche IT-Services von Beratung, über Entwicklung bis zum Betrieb als Fullservice-Provider nach den Kriterien Qualität, Sicherheit, Flexibilität und Wirtschaftlichkeit. Dataport unterstützt als föderaler Kooperations-Nukleus, Konsolidierungs- und Innovationstreiber die Digitalisierung und Daseinsvorsorge. Dataport steht mit seinem Markenkern für ‚Public Value‘ und sichert die digitale Souveränität des Staates.“

Die Umsetzung des Zielbildes unterliegt einem laufenden internen Controlling. Dem Verwaltungsrat wird jährlich über die Umsetzung des Zielbildes berichtet. In der Gesamtbetrachtung sind bis Ende 2023 von den 182 seit 2022 aufgesetzten Maßnahmen 163 abgeschlossen. Dies entspricht einer Quote von 89,6 Prozent.

Die Entwicklung von Dataport wird von den nachfolgenden Chancen und

Risiken beeinflusst. Dataport managt die Risiken im Rahmen eines strategischen Risikomanagements. Das Risikomanagement erfolgt in Verbindung mit dem Management von Chancen und Zielen. Im Rahmen des Risikomanagements identifizieren Bereichs- und Stabsstellenleitungen die strategischen Risiken der Bereiche anhand eines standardisierten Verfahrens. Es wird zwischen Kundenrisiken, Finanzrisiken, Personalrisiken, Prozessrisiken, Technologierisiken und generellen Risiken unterschieden. Die Risikobearbeitung durchläuft vier Phasen: Risikoidentifikation, Risikoanalyse, Risikobewertung und Maßnahmenphase.

1. Ausblick und Chancen

In den kommenden Jahren sind folgende Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung von Dataport prägend:

- Nach der Bereitstellung von Online-Diensten folgen das Roll-out (EfA-Leistungen der Träger anderen Ländern bereitstellen) und Roll-in (EfA-Leistungen anderer Länder für die Träger bereitstellen) von Online-Diensten nach dem EfA-Prinzip überwiegend bundesweit.

- Auf die Produktivsetzung von Online-Diensten folgen das Roll-out und Roll-in in der Fläche sowie eine durchgehende Digitalisierung von Back-Office-Verfahren und Online-Diensten.

- Die Digitalisierung der Verwaltung wird mit der Registermodernisierung im Sinne eines One-Stop-Government fortgesetzt („vorausgefüllte Formulare“).

- Der demografische Wandel macht die Automatisierung von Verwaltungsleistungen zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung zwingend erforderlich. Dies wird auch mit Rechtsänderungen verbunden sein.

- Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Kommunen, Ländern und Bund wird eine weitere Konsolidierung der IT und die damit verbundenen Anfangsinvestitionen auf allen Ebenen erzwingen.

- Die Nachfrage nach Angeboten zur Unterstützung einer datengestützten Verwaltung wird steigen.

- Der Bedarf und Einsatz von Anwendungen der Künstlichen Intelligenz in der Verwaltung wird weiter steigen. Mit dem erreichten Ausbau und der Leistungsfähigkeit von data[port] ist Dataport sehr gut positioniert.

- Aus dem mobilen Arbeiten wird New Work: Dies erfordert einen Ausbau der technischen Infrastrukturen, die Bereitstellung von Webanwendungen und Investitionen in Aufbau und Ausstattung von geeigneten Kommunikationsflächen für hybride Veranstaltungen in Präsenz und Online. Der Bedarf an reinen Büroflächen wird sich reduzieren.

- Die Nachfrage nach IT-Dienstleistungen, die angesichts der geopolitischen Lage die Resilienz der öffentlichen Verwaltung gewährleisten und die digitale Souveränität des Staates schützen, wird ansteigen.

- Mit der Cloudifizierung seines Rechenzentrums („RZ 4.0“) und der Modernisierung des Netzes im Rahmen des Programms „Nordstern“ schafft Dataport die Voraussetzungen für digital souveräne Services für die öffentliche Verwaltung aus seinem cloudifizierten Rechenzentrum.

- Mit dem Angebot des Webclients dPhoenixSuite und seiner Module verfügt Dataport über ein Alleinstellungsmerkmal für den Bereich der öffentlichen Verwaltung. Die zunehmende Bedeutung der digitalen Souveränität des Staates verstärkt die Nachfrage auch außerhalb des Trägerverbundes.

- Mit seinem Data-Center-Konzept aus seinem IT-grundschutzzertifizierten Rechenzentrum für die hoheitlichen Fachdomänen insbesondere von Steuer, Polizei und Justiz leistet Dataport einen wichtigen Beitrag zur föderalen IT-Kooperation und zur IT-Konsolidierung, die eine Anziehungskraft auf weitere Kunden innerhalb und außerhalb des Trägerbereiches ausübt.

- Mit seinem Engagement für die Deutsche Verwaltungscloud und seiner Mitwirkung in der Genossenschaft govdigital eröffnet sich Dataport im Interesse seiner Kunden Zugänge zu Lösungen anderer öffentlicher IT-Dienstleister. Aber auch die Platzierung der für den Norden erbrachten Dienstleistungen für andere Mitglieder der Genossenschaft als operativen Beitrag der föderalen IT-Kooperation.

- Die Digitalisierung der Schulen erfordert nach Auslaufen des Digitalpaktes Mittel für Support und Betrieb der mittlerweile aufgebauten IT-Infrastruktur.

2. Risiken

2.1 Generelle Risiken

- Der Ukraine-Krieg hat die Bedeutung von Resilienz und Krisenvorsorge in

den Vordergrund gerückt. Als Betreiber kritischer Infrastruktur ist Dataport in besonderer Weise gefordert. Die jahrelange Erfahrung mit der Umsetzung von IT-Grundschutz sowie der seit Jahren betriebene Aufbau des SOC (Security Operations Center) zahlen auf die Anforderung ein, vermehrten und aggressiveren Cyberangriffen zu begegnen und die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung absichern zu können. Die Notwendigkeit erhöhter Resilienz und Krisenvorsorge hat den Blick aber auch auf weitere Abhängigkeiten gerichtet, wie beispielsweise die Stromversorgung, Telekommunikation und Lieferketten, für die jeweils Vorsorge zu denken und zu organisieren ist. Während früher in den Szenarien lediglich dem Ausfall eines lokalen Rechenzentrums oder einer zufällig gekappten Stromleitung zu begegnen war, stehen heute umfassendere Szenarien wie Blackout und gezielte Angriffe auf Knoten der Infrastrukturen im Mittelpunkt. Dataport versteht sich als ein Element einer gesamtgesellschaftlichen Risikovorsorge und richtet sich auf derartige Szenarien ein.

- Eine weitere Zunahme der geopolitischen Risiken und eine erneut anwachsende Verspannung der transatlantischen Beziehungen können die Nachfrage nach und Investitionen in

digital souveräne Systeme für die Verwaltung in Deutschland und Europa sprunghaft ansteigen lassen. Mit dem durch die Entwicklung von dPhoenix erreichten Innovationsvorsprung leistet Dataport einen wichtigen Beitrag. Die IT-Sicherheit und die Fähigkeit zur Bedienung großer Stückzahlen sind ein Alleinstellungsmerkmal der Dataport-Lösung. Im Zuge der Umsetzung der Strategie der digitalen Souveränität nutzt Dataport seit Jahren seine vertraglichen Möglichkeiten zur Nutzung externer Ressourcen (Cloud-Broker-Vertrag), stärkt aber auch seine eigenen Ressourcen und richtet sie verstärkt auf die Nutzung von unterstützten Open-Source-Lösungen aus.

Es ergeben sich betriebswirtschaftliche Risiken bei der Aktivierung von selbst erstellten immateriellen Vermögensgegenständen (dPhoenix, Netz 2025, RZ 4.0), wenn die erstellten Produkte oder Infrastrukturen nicht angenommen und genutzt werden. Dataport reagiert auf dieses Risiko mit einem laufenden und anlassbezogenen Controlling der kalkulierten Kosten- und Umsatzentwicklung. Die Business Cases werden mindestens jährlich überprüft bzw. angepasst. In den Quartalscontrolling-Gesprächen werden die Forecasts und die Ist-Entwicklungen überprüft.

- Aufgrund des Wachstums besteht die Herausforderung, die Qualität der zu erbringenden IT-Leistungen kontinuierlich zu verbessern, um den zunehmenden Erwartungen der Kunden gerecht zu werden. Dazu hat Dataport das im Jahr 2021 eingeführte System für Kunden- und Nutzerbefragungen über alle Produkte und Leistungen fortgeführt.

- Dataport ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Diese Entwicklung wird sich in den folgenden Jahren fortsetzen, allerdings angesichts der Haushaltslagen gebremst. Zur Bewältigung der damit verbundenen Wachstumsrisiken hat Dataport daher das Programm „Wachstum Managen“ aufgesetzt. In diesem Programm werden verschiedene Handlungsfelder bearbeitet. Einzelne Projekte sind bereits erfolgreich abgeschlossen worden. 2024 liegt neben der internen Digitalisierung das Hauptaugenmerk auf der Umsetzung einer stärker kunden- und geschäftsfeldorientierten Organisation sowie der Einführung einer durchgehenden Ende-zu-Ende-Produktorganisation.

- Nach gegenwärtiger Rechtslage endet zum 31. Dezember 2024 das Moratorium zum § 2b UStG. Damit ist für die weit überwiegende Anzahl der

Leistungen von Dataport ab dem 1. Januar 2025 eine Umsatzsteuerpflicht gegeben. Die Trägerländer haben hierzu unterschiedliche gesetzliche Regelungen erlassen, sodass ein entsprechender Aufwand aus der Umsetzung dieser Regelung entstehen wird.

- Zusätzliche Aufträge durch die Digitalisierung führen zu einem weiteren Personalwachstum bei Dataport. An allen Standorten wurden dafür vor der Pandemie zusätzliche Flächen oder Co-Working-Arbeitsplätze angemietet. Nach der pandemischen Erfahrung stabilisiert sich die Praxis des mobilen Arbeitens auf einem hohen Niveau. Um dies und hybride Arbeitsformen zu ermöglichen, aber auch gleichzeitig dem Bedarf nach sequenzieller Zusammenarbeit auf der Fläche zu decken, sind die unterstützenden Infrastrukturen und Lösungen fortlaufend anzupassen. Der Flächenbedarf pro Beschäftigten wird wegen der Ausweitung des mobilen Arbeitens abnehmen, aber der Bedarf an modernen Kommunikationsflächen wird zunehmen und der Steuerungsbedarf im Flächenmanagement steigen.

- Aufgrund der geopolitischen Lage sind die weltweiten Lieferketten gefährdet. Aktuell wird dies an der Gefährdung der Schifffahrtswege im Golf von

Aden und im Roten Meer durch kriegsrische Auseinandersetzungen deutlich. Dataport reagiert im Rahmen seiner Möglichkeiten auf diese Entwicklungen mit vertraglichen Absicherungen.

- Wie schon zu Beginn des Ukraine-Krieges besteht in Folge der kriegsrischen Auseinandersetzungen das Risiko eines weiteren Anstiegs der Energiekosten. Mittelfristig ist nicht auszuschließen, dass diese Entwicklung nicht mehr durch weitere Produktivitätssteigerungen zu kompensieren ist und sich in erhöhten Preisen niederschlagen muss.

2.2 Personalrisiken

Durch die demografische Entwicklung einerseits sowie den anziehenden IT-Arbeitsmarkt andererseits kommt es zu einem IT-Fachkräftemangel. Zur Risikominimierung wurde eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, wie zum Beispiel die Erweiterung des Ausbildungskonzeptes, Employer-Branding-Kampagne, Recruiting, Durchführung von Personalplanungs-Workshops und der Ausbau des Ausbildungsportfolios sowie von Hochschul-Kooperationen. Dataport erreicht in von unabhängigen Instituten durchgeführten Um-

fragen hervorragende Plätze unter den IT-Arbeitgebern in Deutschland. Der kununu-Score von Dataport lag 2022 bei 4,01 und konnte in 2023 auf 4,26 gesteigert werden. Damit liegt er höher als der der IT-Branche (3,97). Gutes Personal zu bekommen und zu halten, erfordert erhöhte Aufwendungen an Zeit und Geld. Die tarifpolitischen Eigenlogiken führen dazu, dass im Tarifsysteem „der Bauch staucht“. Im Vergleich zur Privatwirtschaft wird die Übernahme von Führungsverantwortung sowie von fachlicher Exzellenz im Tarifsysteem nicht ausreichend entlohnt, so dass dadurch strukturelle Risiken entstehen. Dataport hat auf diese Entwicklung auf der Basis des Tarifvertrages der Länder unter Berücksichtigung seiner strukturellen Besonderheiten reagiert. Hervorzuheben ist, dass erstmalig Rahmenbedingungen für eine individuell zu gestaltende zeitlich begrenzte Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit vereinbart worden sind, die bei einem betrieblichen Bedarf und auf freiwilliger Basis der Beschäftigten genutzt werden können.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Bestand des Unternehmens stabil ist. Dataport erfüllt seinen gesetzlichen Auftrag. Seit der Gründung konnten Synergien für die Träger erwirtschaftet werden.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die geplante mittelfristige Umsatzentwicklung sieht eine Steigerung von 2024 bis 2028 um 435,5 Millionen Euro auf eine Höhe von 1.850,3 Millionen Euro vor. Für das Geschäftsjahr 2024 wird mit Umsatzerlösen von 1.414,8 Millionen Euro gerechnet.

Die erwarteten Jahresüberschüsse von 2024 bis zum Jahr 2028 kumulieren sich auf 21,1 Millionen Euro und werden voraussichtlich, in Abhängigkeit von der Entwicklung der Bilanzsumme, zu einem relativ konstanten Verlauf der Eigenkapitalquote führen. Das geplante Unternehmensergebnis für 2024 beträgt 3,5 Millionen Euro.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 sieht für die Personalkapazität sowohl eine nachfrageindizierte als auch eine strategische Steigerung aufgrund der demografischen Entwicklung vor.

Der Investitionskredit für den Neubau des digitalen Druck- und Kuvertierzentrums in Altenholz, mit einem Volumen von 14 Millionen Euro, wurde planmäßig mit vierteljährlichen Tilgungsraten à 275 Tsd. Euro um 1,1 Millionen Euro teilgetilgt. Das Restkapital per Jahresende 2023 beträgt 6,9 Millionen Euro.

Die Schlussrate wird zum 30. März 2030 fällig.

Der Investitionsplan für das Wirtschaftsjahr 2024 sieht ein Investitionsbudget in Höhe von rund 179,1 Millionen Euro vor. Um die potenziell kurzfristig entstehenden Liquiditätsbedarfsspitzen, die sich aus dem hohen Investitionsbedarf und der wachsenden operativen Geschäftstätigkeit ergeben, zu decken, wird für 2024 mit einer höheren Auslastung des Rahmens für Kontokorrent- und Betriebsmittelkredite (in Summe 80 Millionen Euro) geplant. Die Liquiditätslage kann als stabil bezeichnet werden.

PERSONAL

Personalkapazität*	Anzahl
Vorstand	4
Beamtinnen/Beamte	263
Beschäftigte	4.684
Gesamt	4.951

*Anzahl der Mitarbeitenden im Jahresdurchschnitt

Personalaufwand	EUR
Personalaufwand gesamt:	431.800.718
Vorstandsgehälter:	
Dr. Johann Bizer	356.573
Andreas Reichel	267.947
Torsten Koß	303.636
Silke Tessmann-Storch	252.433

BILANZ

Aktiva	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	139.077
Sachanlagen	233.718
Finanzanlagen	112.475
Vorräte	3.053
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	117.313
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	49.894
Rechnungsabgrenzungsposten	50.191
Ergebnis Aktiva	705.721

Passiva	TEUR
Gezeichnetes Kapital	51.000
Kapitalrücklagen	11.190
Satzungsmäßige Rücklage	27.378
Jahresüberschuss	11.632
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	191.789
Sonstige Rückstellungen	132.734
Verbindlichkeiten	157.273
Rechnungsabgrenzungsposten	122.725
Ergebnis Passiva	705.721

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	TEUR
Umsatzerlöse	1.360.505
Bestandsveränderung unfertiger Leistungen	1.029
andere Erträge	29.308
Zinserträge und Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	109
Erträge gesamt	1.390.951
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	117.412
Bezogene Leistungen	679.421
Personalaufwendungen	431.801
Abschreibungen	80.327
Zinsaufwendungen	5.460
Andere Aufwendungen	64.898
Aufwendungen gesamt	1.379.319
Gesamtergebnis	11.632

BERICHT DES VERWALTUNGSRATS

Reaktionsschnell und gleichzeitig verlässlich: Das hat die öffentliche Verwaltung in den multiplen Krisen der letzten Jahre unter Beweis gestellt, trotz mancher Kraftanstrengung. Deshalb ist es beruhigend zu wissen, mit Dataport einen starken Partner an der Seite zu haben, der die öffentliche Verwaltung zuverlässig begleitet.

Dabei ist es angesichts der aktuellen Bedrohungslage von besonderer Bedeutung, dass Dataport großen Wert auf Cybersicherheit und Datenschutz legt. Die Entwicklung robuster Sicherheitskonzepte und die Sensibilisierung unserer Mitarbeitenden sind zentrale Elemente, um dies zu gewährleisten.

Neben der Sicherheit muss weiterhin die Innovation im Fokus stehen, um die Verwaltung zukunftssicher und noch effizienter zu gestalten. Projekte im Bereich Künstliche Intelligenz, Cloud Computing und Smart Cities sind nur einige Beispiele, in denen ein verstärktes Engagement essenziell ist. Dabei gilt es stets auch ökologische Aspekte zu berücksichtigen: Energieeffiziente IT-Systeme, ressourcenschonende Prozesse und Nachhaltigkeitsinitiativen sind Kernelemente einer nachhaltigen Digitalisierung.

Zur Nachhaltigkeit gehört auch die finanzielle Dimension. Trotz der vielschichtigen Herausforderungen konnte Dataport im Jahr 2023 finanzielle Stabilität bewahren. Effizienz, ein gutes Kostenmanagement und strategische Investitionen trugen dazu entscheidend bei.

Der Verwaltungsrat hat die Tätigkeit von Dataport regelmäßig überwacht und den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten. Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat im Geschäftsjahr 2023 in fünf Verwaltungsrats-sitzungen schriftlich und mündlich über die Lage und die Entwicklung von Dataport und über wesentliche Geschäftsvorgänge berichtet und mit dem Verwaltungsrat die strategische Ausrichtung von Dataport erarbeitet.

Nach Beauftragung durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats sind der Jahresabschluss und der Lagebericht 2023 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben über den Jahresabschluss und den Lagebericht 2023 beraten. Einwendungen sind gegen das Prüfergebnis nicht erhoben

worden. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss 2023 einschließlich Lagebericht wurde vom Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 28. Juni 2024 gebilligt und der Vorstand entlastet.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den vielen engagierten und kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den zahlreichen Standorten von Dataport ganz ausdrücklich für die geleistete Arbeit.



Jan Pörksen
Vorsitzender des Verwaltungsrats

Mitglieder des Verwaltungsrats sind:

Jan Pörksen

Staatsrat und Chef der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg (Vorsitzender)

Dirk Schrödter

Minister und Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein (stellvertretender Vorsitzender)

Michael Richter

Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt

Dr. Martin Hagen

Staatsrat beim Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen

Dr. Sönke E. Schulz

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen Landkreistags

Ernst Hüdepohl

Ministerialdirigent beim Niedersächsischen Finanzministerium (Mitglied bis 30.6. 2024)

Götz Heilmann

Ministerialrat beim Niedersächsischen Finanzministerium (Mitglied seit 1.7. 2024)

Ina-Maria Ulbrich

Staatssekretärin im Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung, Mecklenburg-Vorpommern

Folke Heise

Personalratsvorsitzende von Dataport



Impressum

Herausgeber

Dataport AöR
Altenholzer Str. 10-14
24161 Altenholz
Telefon 0431 3295-0
www.dataport.de
poststelle@dataport.de

Redaktion

Britta Heinrich (verantwortlich)
Dr. Katrin Viertel, Astrid Hansen

Layout

New Communication GmbH & Co. KG

Auflage

1.500 Exemplare/August 2024

Bildnachweise

Seite 4: Thomas Müller, istockphoto/Chinnapong,
Seite 6: istockphoto/boggy22, Seite 7: istockphoto/JohnnyGreig,
Seite 8: istockphoto/VioletaStoimenova, Seite 9: istockphoto/filadendron,
Seite 10: istockphoto/AzmanL, Seite 13: istockphoto/filadendron,
Seite 14: istockphoto/skyNext, Seite 17: istockphoto/TommL,
Seite 18: istockphoto/PeopleImages, Seite 21: istockphoto/filadendron,
Seite 22: istockphoto/YakobchukOlena, Seite 24: istockphoto/whyframestudio,
Seite 26: boggy22, Seite 46: istockphoto/Morsa Images



www.blauer-engel.de/uz195

- ressourcenschonend und umweltfreundlich hergestellt
- emissionsarm gedruckt
- aus 100 % Altpapier

HV8

